

V14 Entschieden gegen jede Unterdrückung: Internationalistisch und unteilbar solidarisch

Antragsteller*in: Sebastian Trapp, Eddie Arriaga Flores
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Als GRÜNE JUGEND stehen wir für eine internationale, queerfeministische und
2 materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft. Unser
3 Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
4 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Als GRÜNE
5 JUGEND ist unsere Solidarität niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite
6 der Leidtragenden.

7 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
8 jahrzehntelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, christliche,
9 jüdische, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
10 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
11 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar, was die Realität und
12 Komplexität dieser Auseinandersetzung ausblendet und das vielschichtige Leid auf
13 allen Seiten nicht angemessen erfasst.

14 Der Terroranschlag der radikal-islamistischen Hamas am 7. Oktober war ein
15 abscheuliches Verbrechen, das von der Grünen Jugend aufs Schärfste verurteilt
16 wird, und eine historische Zäsur markiert. Es ist der Tag, an dem die meisten
17 jüdischen Menschen seit der Shoah den Tod gefunden haben. Die Hamas ist eine
18 Terrororganisation, deren Gewalt und Brutalität jeglichen Grundsätzen von
19 Menschlichkeit und Völkerrecht widersprechen. Derartige Angriffe auf
20 Zivilist*innen sind durch nichts zu rechtfertigen und stehen in klarem Gegensatz
21 zu den universellen Menschenrechten und damit zu den Grundsätzen der Grünen
22 Jugend. Der Terroranschlag am 7. Oktober 2023 markierte einen traurigen
23 Höhepunkt des fortwährenden Terrors der Hamas. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas
24 ist kein Kampf um Befreiung, sondern ein anhaltender Akt des Terrors und der
25 massiven Menschenrechtsverletzung. Er verdient keinerlei Legitimation als
26 „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden, was er ist: systematische
27 Gewalt und Terror gegen unschuldige Menschen.

28 Jüdinnen* Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
29 Pogromen bis zur Shoah. Die Shoah, der industriell organisierte Genozid an sechs
30 Millionen europäischen Jüdinnen, prägt bis heute das kollektive Gedächtnis in
31 Deutschland und weltweit.

32 Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation verpflichtet uns zur Wahrung der
33 universellen Menschenrechte, die als Lektion aus dem Nationalsozialismus in der
34 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergeschrieben wurden und durch das
35 Völkerrecht gewahrt werden sollen.

36 Der israelische Staat, der seit 1948 existiert, besitzt ein
37 Selbstverteidigungsrecht wie jeder andere Staat, das immer unter Wahrung des
38 Völkerrechts ausgeübt werden muss.

39 Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948
40 auch mit der Nakba einherging, der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von

41 über 700.000 Palästinenser*innen. Das Leid dieser Menschen und die historische
 42 wie aktuelle Kontinuität von Gewalt und Diskriminierung sind ebenfalls Teil der
 43 Geschichte, die nicht gegeneinander aufgerechnet oder relativiert werden dürfen.
 44 Eine gerechte und friedliche Lösung erfordert die Anerkennung der Leiden beider
 45 Seiten, ohne den Zivilisationsbruch der Shoah und das historische Trauma der
 46 Juden* und Jüdinnen zu relativieren.

47 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen, die Vertreibung
 48 im Westjordanland und die militärische Gewalt gegen Zivilist*innen durch
 49 rechtsextremistische Siedler sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht.
 50 Internationale Organisationen stufen das systematische Ungleichbehandlung der
 51 Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem als Apartheid
 52 ein. Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch und
 53 B'Tselem weisen auf genozidale Merkmale in Gaza und systematische
 54 Kriegsverbrechen hin.

55 B'Tselem, die größte Menschenrechtsorganisation in Israel, spricht in einem
 56 Report, der im Juli veröffentlicht worden ist, von „Our Genocide“. In dem Report
 57 heißt es, dass sich die Haltung der israelischen Regierung seit dem 07. Oktober
 58 gegenüber den Palästinenser*innen fundamental geändert hat und dass der Genozid
 59 im Kontext eines über 75 jahrelangen Besatzungs- und Apartheidsregime betrachtet
 60 werden muss. Ebenso darf die seit Jahren eskalierende Gewalt gegenüber den
 61 Palästinenser*innen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem nicht negiert
 62 werden.

63 Nach UN-Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
 64 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot und das
 65 Gesundheitssystem ist kollabiert. Die Blockade humanitärer Hilfe und das
 66 fortgesetzte Bombardement verletzen elementare Prinzipien des humanitären
 67 Völkerrechts.

68 Das Massaker der Hamas bleibt verabscheuungswürdig und unentschuldbar. Das
 69 völkerrechtlich legitimierte Selbstverteidigungsrecht darf nicht als Vorwand
 70 dienen, um kollektive Bestrafung, ethnische Vertreibung und systematische
 71 Vernichtung zu legitimieren.

72 Das Vorgehen der israelischen Armee, auf Geheiß der rechtsextremen Regierung
 73 Israels, im Gazastreifen erfüllt nach Einschätzung des IGH, führender
 74 Genozidforschender und der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese
 75 zentrale Kriterien des Völkermords gemäß der UN-Konvention: systematische
 76 Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur,
 77 bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Verhinderung humanitärer
 78 Hilfe. Eine Kommission der UN bestätigt das.

79 [ohchr+2https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/israel-has-committed-](https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/israel-has-committed-genocide-gaza-strip-un-commission-finds)
 80 [genocide-gaza-strip-un-commission-finds](https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/israel-has-committed-genocide-gaza-strip-un-commission-finds)

81 Der Internationale Gerichtshof IGH hat wiederholt festgestellt, dass reale und
 82 unmittelbare Gefahr für die Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza
 83 besteht sowie „katastrophale“ Lebensbedingungen herrschen, die durch israelische
 84 Handlungen wie kollektive Bestrafung, Vertreibung und gezielte Angriffe auf
 85 Zivilist*innen fortlaufend verschlimmert wurden. [ecchr](#)

86 Die Berichte von der UN-Sonderberichterstatterin Albanese zeigen, dass diese
 87 Gräueltaten Teil jahrzehntelanger politischer Vertreibung sind, die sich zu

88 gezielter Eliminierung und existenzieller Vernichtung ausgeweitet haben,
89 unterstützt durch gezielte Zerstörung, wirtschaftliche Blockade und
90 systematisches Aushungern.

91 Untersuchungen von Genozidforscher*innen belegen, dass sowohl Mittel
92 (Waffengewalt, Infrastruktur Zerstörung, Aussetzung medizinischer und
93 humanitärer Versorgung) als auch erklärter Vorsatz (zahlreiche öffentliche
94 Stellungnahmen, gezielte Vertreibungspolitik) klar auf das Ziel abzielen, die
95 palästinensische Bevölkerung als Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten.[ecchr](#)

96 Expertengremien (u.a. IAGS) und internationale Ermittlungen gelangen zu dem
97 Ergebnis, dass der Völkermordtatbestand in Gaza erfüllt ist und die
98 internationale Gemeinschaft ihrer Pflicht zum Schutz der bedrohten Bevölkerung
99 nachkommen muss.[genocidescholars+3](#)

100 Als GRÜNE JUGEND Hamburg schließen wir uns den Expertengremien an und erkennen
101 den Genozid an den Palästinenser*innen als solchen an.

102 Ablehnung einer Fremdherrschaft über Gaza

103 Nur Palästinenser*innen, sollten über die Zukunft Gazas entscheiden. Als GRÜNE
104 JUGEND Hamburg stehen wir für ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen
105 ein. Den sogenannte „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“ für Westasien
106 präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist der Trump-Plan
107 kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und des
108 Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen. Die
109 verabschiedete UN-Resolution 2803 des Security Council von November 2025, stellt
110 keine Legitimation dar, sondern die Internationalisierung und
111 Institutionalisierung kolonialer und repressiver Politik, die den Prinzipien von
112 Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Menschenrechten widerspricht.
113 [https://docs.un.org/en/s/res/2803\(2025\)](https://docs.un.org/en/s/res/2803(2025))

114 Wir betonen, dass nur Palästinenser*innen über die Zukunft Palästinas
115 entscheiden. Solange das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes
116 nicht gewährleistet wird, kann es keinen gerechten Frieden in Westasien geben.

117 Situation in der Westbank

118 Die eskalierende Siedler*innengewalt im besetzten Westjordanland und in
119 Ostjerusalem ist Ausdruck staatlich organisierter Herrschafts- und
120 Vertreibungspolitik, da bewaffnete Siedler systematisch von Armee und Polizei
121 geschützt, begleitet oder und unterstützt werden und für ihre Angriffe
122 Straffreiheit genießen.

123 Human Rights Watch beurteilt dieses Vorgehen als gezielte, systematische
124 Vertreibung und sieht deutliche Hinweise auf Kriegsverbrechen und Verbrechen
125 gegen die Menschlichkeit.[1][2][3][5][9] Diese Gewalt dient nach Einschätzung
126 der UN explizit der Durchsetzung von Landnahme, der Vertreibung
127 palästinensischer Gemeinden und der Ausweitung illegaler Außenposten und
128 Siedlungen, was zu tausendfacher Zerstörung von Häusern, brennenden Dörfern und
129 massiver Entrechtung führt. Die internationale Gemeinschaft, darunter der
130 Internationale Gerichtshof und die UN-Generalversammlung, hat wiederholt
131 klargestellt, dass alle israelischen Siedlungen im besetzten Gebiet –
132 ausdrücklich einschließlich Ostjerusalems – völkerrechtswidrig sind, gegen die

133 Vierte Genfer Konvention verstoßen und als Teil einer rechtswidrigen Besatzung
134 und Annexion beendet sowie vollständig geräumt werden müssen. [un+10](#)

135 Für die Gerechtigkeit palästinensischer Gefangener

136 Berichte über die Haftbedingungen palästinensischer Gefangener in israelischen
137 Gefängnissen sind erschütternd und werfen schwerwiegende menschenrechtliche
138 Fragen auf. Internationale Organisationen wie Amnesty International, Human
139 Rights Watch und Medico International dokumentieren überzeugend, dass
140 palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter und willkürlicher
141 Inhaftierung ausgesetzt sind. Seit Oktober 2023 sollen nach Schätzungen von
142 Menschenrechtsgruppen über 70 Gefangene in israelischem Gewahrsam ums Leben
143 gekommen sein. Diese systematischen Menschenrechtsverletzungen widersprechen
144 grundlegenden Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Würde und humanitärem
145 Völkerrecht und müssen von der internationalen Gemeinschaft klar benannt und
146 geächtet und beendet werden.

147 Quelle: https://www.btselem.org/publications/202408_welcome_to_hell

148 Gegen die Kriminalisierung der Palästina-Solidarischen Bewegung

149 Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen wir Versammlungen, Aussagen und Texte, die
150 radikal fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt aufrufen und
151 antisemitische Vorurteile bedienen.

152 In Deutschland sehen wir gleichzeitig eine alarmierende Kriminalisierung
153 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
154 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
155 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder zum Teil sogar
156 abgeschoben, nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg und Kolonialismus erheben.
157 Diese Repression trifft häufig diejenigen, die ohnehin gesellschaftlich
158 marginalisiert sind. Der Einsatz von Polizeigewalt, das politische Schweigen und
159 die pauschale Verunglimpfung solidarischer Stimmen verschärfen bestehende
160 Machtasymmetrien. Die steigende Repression zeigt sich auch in dem CIVICUS-
161 Bericht 2025, der die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume als „beschränkt“
162 und damit auf der 3 von 5 Stufen eingestuft hat. Diese Einschätzung markiert
163 einen starken Rückschritt, noch 2017 wurde der Zustand der Meinungs-,
164 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Deutschland als „offen“ (Stufe 1)
165 beschrieben. [https://venro.org/ueber-venro/aktuelles/detail/civicus-bericht-](https://venro.org/ueber-venro/aktuelles/detail/civicus-bericht-deutschlands-zivilgesellschaft-kann-nicht-mehr-frei-arbeiten)
166 [deutschlands-zivilgesellschaft-kann-nicht-mehr-frei-arbeiten](https://venro.org/ueber-venro/aktuelles/detail/civicus-bericht-deutschlands-zivilgesellschaft-kann-nicht-mehr-frei-arbeiten)

167 (vgl: 13 <https://www.instagram.com/p/DRSHHq-DIV7/>)

168 Entschieden gegen Antisemitismus

169 Als Grüne Jugend treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder Form ein.
170 Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
171 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Gleichzeitig weisen
172 wir darauf hin, dass Kritik am Zionismus, der Staatsideologie des israelischen
173 Staates, nicht automatisch antisemitisch ist. Häufig analysiert Zionismuskritik
174 lediglich koloniale Machtverhältnisse, Besatzungspolitik und Unterdrückung,
175 während Antisemitismus sich gegen Jüdinnen*Juden, Menschen, Religion oder Kultur
176 richtet. Diese Unterscheidung ist politisch essentiell, um Unterdrückung
177 konsequent zu bekämpfen und gleichzeitig das jüdische Leben solidarisch zu

178 schützen. Dem legen wir die Antisemitismusdefinition der Jerusalem Convention
179 zugrunde.

180 Als GRÜNE JUGEND stehen wir auf der Seite der Leidtragenden in Westasien.

181 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt oder
182 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir stehen für eine Politik, die
183 marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit sucht, ohne Hierarchien
184 des Leids.

185 Dieser Beschluss soll am Anfang eines Aufarbeitungsprozess innerhalb des
186 Verbandes und in die Partei hinein stehen.

Begründung

Menschenrechte sind unteilbar und müssen überall gelten. Als queerfeministische, antikoloniale und antirassistische Organisation dürfen wir nicht schweigen, wenn koloniale Gewalt ausgeübt oder toleriert wird. Die Lage in Gaza ist Ausdruck einer globalen Ordnung, in der patriarchale, kapitalistische und koloniale Strukturen Leben zerstören. Unser Auftrag ist es, Partei für die Unterdrückten zu ergreifen – unabhängig davon, wo sie leben.

Quellen:

Diese Punkte stützen den Antrag auf Anerkennung des Genozids in Gaza nach internationalem Recht.

1. <https://www.un.org/unispal/document/a-hrc-59-23-from-economy-of-occupation-to-economy-of-genocide-report-special-rapporteur-francesca-albanese-palestine-2025/>
2. https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2025-0373_DE.pdf
3. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/07/forever-occupation-genocide-and-profit-special-rapporteurs-report-exposes>
4. <https://jacobin.de/artikel/gaza-israel-bogota-voelkermord-voelkerrecht-uno-palaestina-vereinte-nationen-genozid-haager-gruppe>
5. https://www.ecchr.eu/fileadmin/O_As/ECCHR_O_A_Genozid_in_Gaza_20241210.pdf
6. <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/un-experts-condemn-us-sanctions-on-special-rapporteur-francesca-albanese-amid-report-on-corporate-complicity-in-israels-occupation-genocide-2/>
7. <https://www.spiegel.de/ausland/israel-und-der-gaza-krieg-wer-ist-uno-sonderberichterstatteerin-francesca-albanese-a-2bc08490-1c43-4ace-b818-a076df52862a>
8. <https://www.zeit.de/news/2025-02/19/umstrittene-un-berichterstatteerin-kritisiert-einschraenkungen>
9. <https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf>
10. <https://www.un.org/unispal/document/ohchr-press-release-27oct25/>
11. <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-337-west-bank>
12. <https://www.nrc.no/news/2025/october/west-bank-impunity-deepens-the-occupation-amid-increasing-restrictions-on-aid>
13. <https://www.instagram.com/p/DRSHHq-DIV7/>
14. <https://news.un.org/en/story/2024/09/1154496>
15. <https://www.bbc.com/news/articles/cjerjzxlvpdo>
16. <https://www.hrw.org/report/2025/11/20/all-my-dreams-have-been-erased/israels-forced-displacement-of-palestinians-in-the>
17. <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2019/01/chapter-3-israeli-settlements-and-international-law/>
18. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/02/un-experts-say-israel-should-be-held-accountable-acts-domicide>
19. <https://www.un.org/unispal/document/human-rights-council-adopted-resolution-israeli-settlements-in-the-occupied-palestinian-territory-including-east-jerusalem-and-in-the-occupied-syrian-golan-a-hrc-res-58-28/>
20. <https://imeu.org/resources/key-issues/fact-sheet-israeli-settlements-international-law/215>

21. <https://www.bbc.com/news/articles/cwykze63r2xo>
22. <https://www.aljazeera.com/news/2025/11/17/israeli-settlers-torch-homes-and-vehicles-in-west-bank-villages>
23. <https://www.hrw.org/news/2025/11/20/west-bank-israel-emptying-refugee-camps-a-crime-against-humanity>
24. <https://edition.cnn.com/2025/11/17/world/israeli-settlers-attack-palestinian-west-bank-village-intl-latam>
25. <https://www.rosalux.de/en/news/id/53766/ongoing-annexation-life-in-the-west-bank>
26. <https://www.aa.com.tr/en/europe/un-special-rapporteur-accuses-eu-member-states-of-aiding-destruction-of-palestine/3747510>
27. <https://www.washingtonpost.com/world/2025/11/19/west-bank-settler-violence-palestinians/>
28. <https://www.middleeastmonitor.com/20251119-un-special-rapporteur-accuses-eu-member-states-of-aiding-destruction-of-palestine/>
29. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/07/experts-hail-icj-declaration-illegality-israels-presence-occupied>

Quellen über die Menschenrechtsverstöße in der Westbank

- [1](<https://www.hrw.org/report/2025/11/20/all-my-dreams-have-been-erased/israels-forced-displacement-of-palestinians-in-the>)
- [2](<https://www.hrw.org/news/2025/11/20/west-bank-israel-emptying-refugee-camps-a-crime-against-humanity>)
- [3](<https://www.ochapt.org/content/northern-west-bank-humanitarian-response-update-21-january-30-april-2025>)
- [4](<https://britainpalestineproject.org/iron-wall-how-israel-is-demographically-re-engineering-the-west-bank/>)
- [5](<https://news.un.org/en/story/2025/02/1159971>)
- [6](<https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/2702614-2702614>)
- [7](<https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/iron-wall-or-iron-fist-palestinian-militancy-and-israels-campaign-reshape-northern-west-bank>)
- [8](<https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2025/07/israel-must-stop-killings-and-home-demolitions-occupied-west-bank>)
- [9](<https://www.cnn.com/2025/11/20/middleeast/israel-west-bank-war-crimes-intl>)